



Rede

von

**Hartmut Koschyk MdB
Beauftragter der Bundesregierung
für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten**

„Stabiler Euro – Stabiles Europa“

**am Montag, 17. Februar 2014
an der Kaufmännischen Berufsschule Bayreuth**

Zum Jahresbeginn überwiegen im Euroraum positive Nachrichten: Spanien hat im Januar als zweites Land nach Irland sein Hilfsprogramm erfolgreich beendet. Lettland hat den Euro erfolgreich eingeführt. Und nicht zuletzt fasst die wirtschaftliche Erholung im Euroraum allmählich Tritt. Diese positiven Entwicklungen sind das Ergebnis kollektiver Anstrengungen auf nationaler und europäischer Ebene, die im Jahr 2007 ausgebrochene globale Finanzmarktkrise, die in eine allgemeine Wirtschaftskrise überging und schließlich von einer europäischen Staatsschuldenkrise begleitet wurde, zu überwinden. Sie hatte den Euroraum vor bislang nicht gekannte Herausforderungen gestellt.

Wie kam es eigentlich zu dieser Krise?

Heute wissen wir: Im Kern resultierte die Krise aus einer übermäßigen Schuldendynamik öffentlicher und privater Haushalte. Diese ging einher mit Schwächen der Finanzsysteme und einer anhaltenden Verschlechterung der wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit in einigen Mitgliedstaaten der Eurozone.

Zudem erwies sich das europäische Regelwerk als lückenhaft und nicht scharf genug, um diesen Fehlentwicklungen rechtzeitig vorzubeugen. So war die Idee des Stabilitäts- und Wachstumspakts mit seinen Obergrenzen für das öffentliche Defizit und die Schuldenstandsquote zwar richtig. Allerdings wurden dessen Regeln nicht in allen Ländern konsequent angewandt, so dass die öffentliche Verschuldung trotz klarer Defizitgrenzen in den meisten Ländern deutlich angestiegen ist.

Zudem hatten niedrige Zinsen in einigen Ländern für einen heimischen Nachfrageboom und einer überhöhten Kreditvergabe geführt und so zu einer übermäßigen privaten Verschuldung beigetragen.

Soweit die Rückschau.

Mittlerweile ist deutlich sichtbar geworden, dass die europäische Strategie zur Krisenbekämpfung erfolgreich ist. Mit unserer Politik haben wir Vertrauen geschaffen – auf den Märkten, bei Investoren und Unternehmern.

Die aktuellen Indikatoren zeigen, dass unsere Politik Früchte trägt:

Die wirtschaftliche Lage hat sich im Verlauf des Jahres 2013 sowohl im Euroraum insgesamt als auch in einigen Krisenländern spürbar verbessert. Im Verlauf des vergangenen Jahres hat die Eurozone die seit Ende 2011 andauernde Rezession überwunden, die Wirtschaftsleistung wächst wieder, wenn auch noch verhalten. In diesem Jahr wird mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts im Euroraum um rund 1 % gerechnet.

Besonders erfreulich ist, dass die Programmländer die Rezession überwunden haben und nun langsam zu Wachstum zurückkehren; Irland weist sogar bereits seit 2011 wieder positive Wachstumsraten auf. Irland und Spanien haben zudem ihre Anpassungsprogramme erfolgreich beendet. Auch auf dem Arbeitsmarkt hat eine

Trendumkehr stattgefunden: Die Arbeitslosigkeit ist zwar immer noch viel zu hoch, aber sie geht zurück!

Auch in Griechenland sehen wir Licht am Horizont; die EU-Kommission erwartet nach mehreren Jahren Rezession für 2014 wieder positives Wachstum, wenn der Reformkurs beibehalten wird.

Auch der Abbau der makroökonomischen Ungleichgewichte im Euroraum schreitet voran:

Die Wettbewerbsfähigkeit vieler angeschlagener Mitgliedstaaten hat sich spürbar verbessert. Die Lohnstückkosten sind in allen Programmländern seit Ausbruch der Krise substantiell gesunken.

Irland weist bereits seit 2010 einen Leistungsbilanzüberschuss auf; in Portugal, Italien und Spanien ist die Trendwende im Jahr 2013 erfolgt. Hier zeigen die Strukturreformen ihre Wirkung. Die Verbesserung der Leistungsbilanzen wird durch gestiegene Exporte untermauert. In der ersten Jahreshälfte 2013 konnten beispielsweise Spanien (+ 6% verglichen mit dem Vorjahreszeitraum) und Portugal (+ 3%) deutliche Zuwächse bei den Warenexporten verzeichnen. Dies ist insbesondere der Erschließung neuer Märkte und einer Verbreiterung der Produktpalette zu verdanken.

Die Stabilisierung des Euroraums beruht auf drei Säulen: Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, Strukturreformen und Stabilisierung der Finanzmärkte.

Wichtige Reformmaßnahmen wurden und werden auch auf europäischer Ebene auf den Weg gebracht: strengere

Haushaltsüberwachung, verbesserte wirtschaftspolitische Koordinierung und nicht zuletzt die Bankenunion. Auch die Geldpolitik hat zur Entspannung beigetragen.

Die aktuellen positiven Wirtschaftsdaten zeigen, dass das Zusammenspiel von Haushaltskonsolidierung und wachstumsfreundlichen Strukturreformen richtig war und ist.

Das Staatsdefizit in der Eurozone wurde von 6,4 % des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2009 auf schätzungsweise rund 3 % des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2013 mehr als halbiert (laut KOM-Prognose von November 2013). Im Jahr 2014 wird die Defizitquote voraussichtlich erstmals wieder unter die 3 %-Grenze des Maastricht-Vertrages fallen.

Das wiedergewonnene Vertrauen schlägt sich in den Märkten für Staatsanleihen nieder. Die Renditen zehnjähriger Anleihen in Italien und in Spanien liegen aktuell bei knapp 4 % und damit deutlich unter den in der Krise erreichten Höchstständen von über 7 %.

Bemerkenswert ist auch der Rückgang der Renditen in den Programmländern Irland und Portugal von deutlich zweistelligen Werten auf aktuell rund 3 ½ % bzw. 5 %.

Auch wenn wir weiterhin vor erheblichen Herausforderungen stehen, zeigt dies: Das Vertrauen ist zurück. Wir sind auf dem richtigen Weg und haben ein Gutteil der Strecke schon hinter uns gelegt.

Reformen müssen an der Ursache der Krise ansetzen. Daraus folgt: Es gibt keine Alternative zu solider Finanzpolitik und Strukturreformen.

Allerdings greifen diese Reformen nicht über Nacht. Diese Erfahrung haben wir auch in Deutschland gemacht. Es hat Jahre gebraucht, bis Deutschland vom „kranken Mann Europas“ vor zehn Jahren zum heutigen Wachstumsmotor und Stabilitätsanker Europas wurde. Wir hatten noch lange nach Beginn der damals dringend notwendigen Reformen eine sehr hohe Arbeitslosigkeit. Aber ohne diese Reformen kann es kein nachhaltiges Wachstum geben.

Die Staatsschuldenkrise hat auch gezeigt, dass wir eine stärkere Überwachung der nationalen Fiskalpolitiken der Mitgliedstaaten brauchen. Nur so werden alle Mitgliedstaaten mittelfristig strukturell ausgeglichene Haushalte aufweisen und so zu dauerhaft tragfähigen öffentlichen Finanzen beitragen.

Bereits 2011 wurde daher der europäische Stabilitäts- und Wachstumspakt grundlegend geändert und deutlich verschärft. Mit dem Fiskalvertrag sind die Vertragsstaaten verpflichtet, die Vorgaben für einen Haushaltsausgleich in ihren nationalen Rechtsordnungen zu verankern. Damit aber nicht erst die geschaffenen Fakten eines abgelaufenen öffentlichen Haushalts Probleme offenbaren, wird zusätzlich auch ex ante die Haushaltsaufstellung der Mitgliedstaaten einer näheren Prüfung unterzogen.

Es kommt jetzt darauf an, dass diese Regeln umgesetzt werden und der eingeschlagene Pfad der Konsolidierung konsequent weiter beschritten wird, damit die öffentlichen Schulden nachhaltig tragfähig sind.

Mit den Reformpaketen, aber auch dem bisherigen Erfolg der Haushaltskonsolidierung braucht sich Europa dabei nicht hinter anderen Ländern zu verstecken.

Die Staatsschuldenkrise hat uns auch gelehrt, dass die explosive Kombination aus schwindender Wettbewerbsfähigkeit und überhöhter Auslandsverschuldung in einzelnen EU-Ländern die Stabilität des Euroraums gefährdet.

Um die Krisenprävention zu verbessern, wurde die wirtschaftspolitische Koordinierung durch ein neues Verfahren zur Vermeidung und Korrektur von makroökonomischen Ungleichgewichten gestärkt. Das Verfahren zielt darauf ab, divergierende wirtschaftliche Entwicklungen der Mitgliedstaaten, wie in der Vergangenheit zum Beispiel bei den Lohnstückkosten, der exzessiven Kreditvergabe oder den Leistungsbilanzen, frühzeitig zu identifizieren und schädlichen Entwicklungen entgegenzuwirken.

Es bestehen gleichwohl weiterhin große wirtschaftliche und politische Herausforderungen für Europa. Die Aussichten für Wirtschaftswachstum klaffen trotz

insgesamt verbesserter Lage zwischen den Mitgliedstaaten weiterhin auseinander. Zudem bleibt der Aufschwung vorerst zu schwach, um die Lage an den Arbeitsmärkten in den kommenden Monaten spürbar zu verbessern.

Ein besonderes Problem stellt die teils sehr hohe Jugendarbeitslosigkeit dar. Von immenser Bedeutung ist daher die Fortführung von Strukturreformen, um zu verhindern, dass sich die hohe Arbeitslosigkeit weiter verfestigt, Anreize in Bildung geschwächt werden und so die Wachstumsdynamik im Euroraum langfristig geschwächt wird.

Neben der Konsolidierung der Staatshaushalte und der Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit beruht die dritte Säule der Krisenbekämpfung auf einer Verbesserung der Finanzmarktstabilität.

Um künftigen Krisen vorzubeugen, wurden in den vergangenen fünf Jahren vielfältige Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte ergriffen – auf nationaler, auf europäischer und auf internationaler Ebene.

Wir haben in den letzten Jahren einen neuen Ordnungsrahmen für die Finanzmärkte geschaffen, der die Widerstandskraft der Banken erhöht, dem Haftungsprinzip Geltung verschafft und eine größtmögliche Transparenz fordert.

Wir haben viel erreicht: Die Banken sind robuster mit Kapital ausgestattet, und die Finanzmärkte sind heute sehr viel stabiler als vor Ausbruch der Krise.

Einen weiteren wichtigen Beitrag liefert die Vollendung der Bankenunion. So soll mit dem einheitlichen Aufsichtsmechanismus als erstem Baustein die Bankenaufsicht der Eurozone gestärkt und die Fragmentierung des Bankensektors aufgelöst werden.

Ab November 2014 wird die EZB die bedeutendsten Banken der Eurozone direkt überwachen. Dies ist ein zentrales Element, um das Vertrauen in die Stabilität des Bankensektors wiederherzustellen.

Mit dem Start des einheitlichen Aufsichtsmechanismus sind eine Bewertung der Bankbilanzen und ein Stresstest verbunden, mit dem die Krisenfestigkeit der Banken geprüft wird. Wenn der Stresstest Kapitallücken bei einzelnen Banken aufzeigt, müssen diese geschlossen werden. Jedoch nicht zu Lasten der Steuerzahler, sondern zuerst durch die Banken, Eigentümer und Gläubiger selbst.

Zweiter wichtiger Baustein der Bankenunion sind einheitliche Regeln zur besseren Sanierung und Abwicklung von europäischen Banken in Schieflagen.

In der Eurozone verhandeln wir derzeit die Schaffung eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus und eines einheitlichen Abwicklungsfonds, der im Ernstfall eingreifen können soll.

Auch hier gibt es eine klare Reihenfolge, wer für die entstehenden Kosten für Verluste haftet und herangezogen wird: An erster Stelle stehen Eigentümer und Gläubiger.

Ich bin zuversichtlich, dass wir noch in der laufenden Legislaturperiode des Europäischen Parlaments die Bankenunion vollenden können.

Wir haben in Europa bereits viel erreicht. Und wir werden unseren Weg fortsetzen. Wir achten streng darauf, keine falschen Anreize zu setzen. Wir stärken den Reformwillen: für ein starkes und wettbewerbsfähiges Europa.

Der eingeschlagene Kurs muss konsequent weiter beschritten werden. Jetzt aufzugeben wäre ein Irrweg: Die Menschen hätten schwere Anpassungslasten getragen, doch die Früchte der Reformarbeit würden wieder verspielt.

Die Erfolge sind deutlich sichtbar: Für 2014 erwarten die Europäische Kommission und der IWF erstmals wieder einen Zuwachs des Wirtschaftswachstums in den Krisenländern und der Eurozone insgesamt. Dies zeigt, dass der eingeschlagene Weg von wachstumsfreundlicher Konsolidierung und Strukturreformen richtig war und ist und auch in Zukunft richtig sein wird. Daher gilt es, nicht nachzulassen und diesen Prozess weiter voranzutreiben.